

spw

Meinungsstark!

gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz.

Links!

im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien.

In der Sozialdemokratie!

weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind.

- spw liefert den kritischen Hintergrund zum politischen Alltagsgeschäft – mit Analysen und Kommentaren.
- spw ordnet aktuelle Entwicklungen ein und diskutiert Deutungsmuster.
- spw ist das sozialdemokratische Forum für sozialistische Theorie und Programmdebatte.

Jetzt spw abonnieren und wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Weitere Infos und Probeheft unter:
www.spw.de | spw-verlag@spw.de

Wang Hui

Das Vergessen der sechziger Jahre: Entpolitisierte Politik und Hegemonie im neuen China

Vorbemerkung

Der atemberaubende Aufstieg Chinas zu einem zentralen Standort der globalen Industrieproduktion und zu einer potentiellen ökonomischen Weltmacht stellt auch neue Herausforderungen für linke Theorie und kritische Kapitalismusanalyse. Trotz der vielfältigen Berichterstattung westlicher Medien ist nach wie vor wenig bekannt über die mit der kapitalistischen Transformation in China entstandenen sozialen Auseinandersetzungen und die dort trotz der starken staatlichen Kontrolle zum Teil recht lebhaft geführten politisch-theoretischen Auseinandersetzungen über die gesellschaftliche Entwicklung. Kapitalismuskritische Intellektuelle, zumal solche, die sich auf Traditionen eines unabhängigen Marxismus berufen, sind angesichts des Vorherrschens marktkapitalistischer Theorie und Praxis im heutigen China in der Minderheit. Dennoch existieren Strömungen eines eigenständigen linken Denkens, die in der Übernahme westlicher Markt- und Politikmodelle keineswegs das Allheilmittel für die gesellschaftlichen Probleme des Landes sehen.

Eine solche Stimme ist der Historiker und Philosoph Wang Hui, Professor für Geschichtswissenschaften an der renommierten Tsinghua Universität in Beijing und Autor zahlreicher zeitkritischer Beiträge über die gesellschaftliche Entwicklung Chinas in den letzten zwanzig Jahren. Der 1958 geborene, in dem relativ offenen Klima der zweiten Hälfte der siebziger Jahre groß gewordene Intellektuelle ist Herausgeber wichtiger sozialwissenschaftlicher Zeitschriften (bis vor kurzem zum Beispiel der Zeitschrift Dushu), deren Beiträge der offiziellen Medienkontrolle nicht immer genehm sind. Seine Kritik an den chinesischen Verhältnissen verknüpft sich allerdings mit einer gesunden Skepsis gegenüber einem Politikbetrieb westlichen Musters, was ihn sicherlich von der Mehrheit der in den USA, Europa und Japan erzogenen Intellektuellen an den Hochschulen Chinas unterscheidet. Mit seinem theoretisch elaborierten, an den Theorien von Marx, Gramsci und des chinesischen Marxismus orientiertem Denken...

tierten Bezug auf die interne Dynamik der politischen Prozesse Chinas kann Wang Hui zugleich wesentliche Erklärungen für das im Westen nach wie vor kaum begriffene Phänomen anbieten, warum die inzwischen weitgehend erfolgte Durchsetzung marktkapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse in China bislang kaum zur Herstellung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen geführt hat und diese gerade auch von den neuen kapitalistischen Eliten des Landes kaum eingefordert werden.

Der folgende Text basiert auf einem ausführlichen chinesischen Manuskript, das anlässlich eines Forschungsaufenthaltes an der Universität Bologna im Jahre 2004 in gemeinsamen Diskussionen mit den italienischen Sozialwissenschaftlern Alessandro Russo und Claudia Pozzana entstand. Eine englische Fassung dieses Textes sowie Beiträge von Russo und Pozzana erschienen 2006 in der in Großbritannien herausgegebenen Zeitschrift *Inter-Asia Cultural Studies*, eine stark gekürzte Version in der *New Left Review*. Die vorliegende deutsche Übersetzung stützt sich auf den chinesischen Text, der für diesen Zweck vom Autor noch einmal aktualisiert wurde. Der ursprüngliche Text enthält zahlreiche Verweise auf die jeweiligen chinesischen Ausgaben von Marx, Lenin, Mao und Gramsci, die in der deutschen Übersetzung aus Gründen der Lesbarkeit nicht wieder gegeben werden. Dem Text hinzugefügt wurden eine Reihe von erklärenden Fußnoten, die dem deutschen Leser die Bezüge auf wichtige Daten der neueren Geschichte Chinas und einschlägige politische Debatten und Konzepte verständlicher machen sollen. Die Übersetzung des Textes aus dem Chinesischen besorgte Karin Betz, Frankfurt/Main, die Zusammenstellung und Redaktion des Textes Boy Lüthje. Für kritische Kommentare und Hilfestellungen bei der Besorgung des Textes danke ich Wilhelm Schumm, Tobias ten Brink, Luo Siqi und weiteren Kollegen am Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main.

Boy Lüthje

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit einigen zentralen Elementen politischer Herrschaft und ideologischer Hegemonie in China während der Transformationsperiode der letzten dreißig Jahre. Er geht der Frage nach, welche politischen und ideologischen Mechanismen sich unter dem in China herrschenden Einparteiensystem herausgebildet haben, die die erstaunliche Stabilität der politischen Verhältnisse auch unter den Bedingungen beschleunigter kapitalistischer Transformation sichern helfen. Meine zentrale These lautet, dass das politische System Chinas heute von einer spezifischen, durch die Politik von Staat und Partei hervorgebrachte *Entpolitisierung* gekennzeichnet ist, die sich als historisches Ergebnis der tiefen, bis heute unverarbeiteten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen während der Periode der Kulturrevolution (1966-1976) und deren anschließender Tabuisierung im politischen und kulturellen Lebens Chinas interpretieren lässt. Die im Namen von wirtschaftlichem Wachstum und technologischer Entwicklung betriebene Entpolitisierung zentraler gesellschaftlicher Fragen und die weitgehende Ausschaltung offener politischer und intellektueller Auseinandersetzung steht im Kontext der Hinwendung der KP Chinas zur Politik von Reform und Öffnung; sie hat aber durchaus Parallelen in entwickelten westlichen Industriegesellschaften, in denen die Durchsetzung des Neoliberalismus mit einer Verdrängung grundlegender gesellschaftspolitischer Wert- und Orientierungsfragen aus dem politischen Diskurs des etablierten Parteien- und Staatssystems einher gegangen ist.

Eine solche Perspektive zur Analyse des heute real existierenden politischen Systems in China und seiner politischen Widersprüche möchte ich im folgenden unter Bezugnahme auf zentrale Konzepte kritischer Staats- und Gesellschaftstheorie entwickeln. Dabei sollen jeweils die spezifischen chinesischen Bedeutungskontexte von Begriffen wie Hegemonie, Politik oder politische Führung herausgearbeitet werden, zugleich möchte ich aber den Versuch unternehmen, Kategorien einer kritischen Politikanalyse westlicher Provenienz auch auf den Transformationsprozess in China anzuwenden. Im *ersten* Schritt werde ich den historischen Kontext umreißen, der seit den 1970er Jahren zur radikalen Negation der Kulturrevolution und früherer revolutionärer Diskurse in China im Allgemeinen geführt hat. Im *zweiten* Schritt möchte ich eine genauere Herleitung meines Konzeptes „entpolitisierter Politik“ versuchen, die an einschlägige Diskussionen zur Transformation des Parteiensystems westlicher liberaler Demokratien anknüpft und die konstitutive Bedeutung der Trennung von Politik und Ökonomie für das Funktionieren kapitalistischer Staatlichkeit und der ihr unterliegenden historischen Interessenkompromisse innerhalb der ökonomischen Eliten herausarbeiten. Daran anknüpfend sollen *drittens* wesentliche Grundelemente von entpolitisierter Politik und Hegemonie im heutigen China skizziert werden. Abschließend möchte ich auf einige Implikationen meiner Analyse für die heutigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in China hinweisen.

China und das Ende der sechziger Jahre

Als 1998 die ganze Welt den 30. Jahrestag der sozialen und studentischen Bewegungen der 1960er Jahre beging, herrschte in China ein auffälliges Schweigen. Seither habe ich mich mit den Gründen für dieses Schweigen befasst und kam zunächst zu dem Schluss, dass es sich dabei nicht nur um eine Ablehnung des radikalen Denkens dieser Zeit und die Verurteilung der Kulturrevolution handelt, sondern auch um eine Verleugnung des chinesischen 20. Jahrhunderts insgesamt.

Zum Verständnis dieser Entwicklung muss man zunächst zwei Punkte klarstellen. Erstens bestanden zwar Zusammenhänge zwischen den 1960er Jahren in Asien und im Westen, aber auch große Unterschiede. Während sich in den Antikriegsbewegungen in den USA und Europa zuvorderst eine Kulturkritik an der kapitalistischen Welt manifestierte, waren die Bewegungen etwa in Südostasien bewaffnete Befreiungskämpfe gegen den westlichen Imperialismus. Diese Bewegungen waren naturgemäß sehr viel praktischer ausgerichtet als die studentischen Proteste in den Metropolen, entsprechend anders verliefen aber auch ihre spätere politische Entwicklung und die Auseinandersetzung mit dem politischen Erbe der sechziger Jahre.

Der zweite Punkt bezieht sich auf den besonderen Charakter der sechziger Jahre in China und deren Verleugnung. Als die europäischen Radikalen jener Zeit begannen, den Stalinismus und die Praktiken der Sowjetunion zur Zielscheibe ihrer Kritik zu machen, entdeckten sie, dass China bereits schon früher theoretische und politische Kämpfe gegen die orthodoxe sowjetische Linie ausgetragen hatte. Mit der Etablierung des neuen Typs des Parteistaates in China wurde die revolutionäre Politik allerdings durch eine zunehmende Entpolitisierung unterminiert. Diese fand vor allem in der fortschreitenden Bürokratisierung und den Machtkämpfen innerhalb des Parteistaates ihren Niederschlag. Dagegen versuchten Mao Zedong und die Kommunistische Partei Chinas in den 1950er und 1960er Jahren eine Reihe von Taktiken zur Bekämpfung dieser Tendenzen – mit dem Ergebnis allerdings, dass diese Kämpfe – wie im Folgenden noch genauer auszuführen – ebenfalls in Prozessen der Entpolitisierung versanken.

Aufgrund der Fraktionskämpfe und der politischen Verfolgungen zur Zeit der Kulturrevolution hatten die 60er Jahre schon vor 1976¹ in den Augen vieler Chinesen bereits an Glanz eingebüßt. Von Mitte bis Ende der 1970er Jahre, nach dem Ende der Kulturrevolution, dem Tod Mao Zedongs und der Wiedereröffnung der politischen Bühne für diejenigen, die ihre Macht zuvor verloren hatten, unternahm der Staat eine gründliche Abrechnung mit der Kulturrevolution. In den seither vergangenen 30 Jahren hat sich China von einer

Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft gewandelt, von einem Zentrum der „Weltrevolution“ zu einem blühenden Zentrum kapitalistischer Unternehmen, von einem antiimperialistischen Dritte-Welt-Staat zu einem „strategischen Partner“ oder Konkurrenten des Imperialismus. Wann immer heute ein kritischer Intellektueller versucht, die gesellschaftlichen Grundlagen der gegenwärtigen Krisen unseres Landes rückhaltlos zu analysieren – die Krise der landwirtschaftlichen Gesellschaft, die immer größer werdende Schere zwischen den ländlichen und städtischen Räumen, die institutionalisierte Korruption etc. – ist die stärkste Gegenfrage an ihn: „Willst du etwa zurück zur Kulturrevolution?“ Diese Form von „radikaler Negation“ vermindert jede Chance auf wirkliche politische Analyse gegenwärtiger zeitgeschichtlicher Trends.

Die 1960er Jahre waren eine Zeit beachtlicher Errungenschaften, deren Schlüsselkomponente das Aufbrechen der bipolaren Weltordnung nach dem Krieg war. Sowohl die Mehrparteiensysteme der westlichen Demokratien als auch die Einparteiensysteme der sozialistischen Staaten gerieten in Krisen. Von der Bandung-Konferenz in den 1950ern bis zu der Welle von nationalen Befreiungsbewegungen in den 1960ern provozierten die sozialen Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika eine Öffnung der mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstandenen bipolaren Weltordnung. Mao Zedongs „Drei-Welten-Theorie“ stellte eine Antwort auf diese neue historische Konstellation dar. Während die nationalen Befreiungsbewegungen die Einheit des westlichen Imperialismus aufbrachen, leitete der chinesisch-sowjetische Bruch die innere Erosion des sozialistischen Lagers ein und schuf innerhalb des östlichen Blocks neuen Raum für ein Nachdenken über die Zukunft des Sozialismus und die hegemonialen Machtstrukturen in der Welt. Theoretische und politische Kämpfe führten zu einer Veränderung dieser Machtstrukturen, die sich innerhalb des sozialistischen Lagers immer mehr verknöchert (und damit entpolitisiert) hatten. Auch das kann man als einen Politisierungsprozess innerhalb des sozialistischen Systems verstehen. Das Aufbrechen der inneren Einheit des Sozialismus brachte Versuche neuer Formen der Politik hervor, in China nämlich eine „Kulturrevolution“ unter sozialistischen Bedingungen gegen die unter dem Parteistaat entstandene „Entfremdung“ in Theorie, Denken und Politik.

Die sechziger Jahre in China sind kaum zu verstehen, wenn man nicht die tief greifenden Zweifel am Parteistaatsystem einerseits, aber auch die Prozesse der Wiederherstellung und Wiederbefestigung dieses Systems andererseits begreift. Wie sind diese gegenseitige Verflechtung beider Tendenzen und ihr Einfluss auf die nachrevolutionäre Periode zu erklären? Die wichtigste Aufgabe dabei ist, die binäre Logik von „radikaler Ablehnung“ einerseits und „Verteidigung des Politischen“ andererseits aufzubrechen und die 1960er Jahre in China einer historischen Analyse zu unterziehen, um nach den wirklichen Ursachen der Tragödie zu suchen.

1 Dem Zeitpunkt des offiziellen Endes der Kulturrevolution (B.L.).

Die Entpolitisierung der Politik und die Krise des Partei(en)staates

Der italienische Soziologe Alessandro Russo hat eine ausführliche Studie zur Kulturrevolution vorgelegt. Sein Essay „Wie kann man Kulturrevolution übersetzen?“ behandelt die Kulturrevolution als eine Periode intensiver Politisierung, die durch die Fraktionskämpfe Ende der 1960er Jahre beendet wurde – vor allem durch die brutalen Konflikte, die aufgrund dieser Fraktionskämpfe ausbrachen (Russo 2006). Hintergrund für Russos politische Analyse der Kulturrevolution sind Überlegungen zur Krise der westlichen Demokratien. Seiner Einschätzung nach sehen wir uns in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren einer Erosion der Fundamente der westlichen Demokratien gegenüber, nämlich der politischen Parteien und dem auf ihnen basierenden Parlamentssystem. Ein Mehrparteiensystem westlichen Typs unterstellt, dass eine politische Partei einen repräsentativen Charakter hat und bestimmte politische Werte, die innerhalb der institutionellen Voraussetzungen eines jeweiligen nationalen Rahmensystems in Konkurrenz zu anderen Parteien stehen. Da jedoch der authentische Charakter und die repräsentative Natur der politischen Parteien immer stärker verschwinden, verschwindet damit auch wirkliche demokratische Politik. Unter diesen Bedingungen wird das Parlament von einer Art öffentlicher Sphäre zu einem bloßen Apparat zur Sicherung der nationalen Stabilität. Deshalb liegt der Krise der zeitgenössischen Demokratie eine Krise der Parteienpolitik zugrunde, die wiederum das Ergebnis eines historischen Prozesses der Entpolitisierung ist. Betrachtet man also die politische Situation in China und die Krise der westlichen Demokratien als interne Entwicklungen mit korrespondierenden Komponenten, so kann man feststellen, dass sowohl China als auch der Westen ungeachtet ihrer strukturellen, internen und historischen Unterschiede in den vergangenen dreißig Jahren in Prozesse der Entpolitisierung geraten sind. In China hat die Entpolitisierung Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Namen von Entwicklung und sozialer Stabilität der Raum für politische Debatten weitgehend ausgemerzt wurde. Die Partei ist also nicht länger eine Organisation mit bestimmten politischen Werten, sondern eine strukturierte Machtorganisation. Selbst innerhalb der Partei ist eine wirkliche politische Debatte schwer möglich, Meinungsunterschiede werden als technische Differenzen auf dem grundsätzlichen Weg der Modernisierung behandelt und können als solche nur durch die bestehende Machtstruktur gelöst werden. Seit Mitte der 70er Jahre gab es innerhalb der KP Chinas keine öffentliche Debatte mehr über politische Werte oder die politische Linie. Dabei war die kontinuierliche und enge Verbindung von theoretischer Debatte und politischer Praxis eines der herausragenden Merkmale der Revolution im China des 20. Jahrhunderts.

An dieser Stelle müssen wir das allmähliche Verschwinden des Konzepts der „Linienkämpfe“ nach der Kulturrevolution aus politischer Perspektive noch

einmal näher betrachten. Auch wenn dieses Konzept eine von den Siegern innerparteilicher Kämpfe verwendete Terminologie darstellt, so illustriert es doch ein zentrales Phänomen in der Geschichte der KP Chinas, nämlich dass jeder große politische Kampf unausweichlich mit einer ernsthaften politischen Debatte und theoretischen Überlegungen verknüpft war. Von den verschiedenen theoretischen Analysen und politischen Kämpfen innerhalb der Partei im Gefolge der Niederlage von 1927 über die historischen Forschungen und theoretischen Debatten über den sozialen Charakter Chinas und den Charakter der chinesischen Revolution zwischen dem rechten und dem linken Flügel und zwischen den einzelnen Fraktionen des linken Flügels in den 1930ern, von den verschiedenen Analysen der nationalen und internationalen Politik während der Periode der Bauernsowjets und der Yan'an-Phase bis zu den fortwährenden Debatten innerhalb der Partei über die Natur der Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft während der Kulturrevolution²: in allen diesen Debatten kann man deutlich die unterschiedlichen theoretischen Ansätze und die dazugehörigen politischen Entwicklungen ablesen. Meiner Ansicht nach sind es eben diese theoretischen Debatten und politische Kämpfe innerhalb der Partei, die die Vitalität der Parteipolitik ausmachen. Sie sorgen dafür, dass die Partei, auch innerhalb des Rahmens von relativ stabiler politischer Macht, nicht zu einer entpolitierten Organisation wird. Theorie und Praxis zum Gegenstand von Linienkämpfen zu machen, ermöglicht der Partei auch die Korrektur von Fehlern – die Linienkämpfe fungieren dabei als ein Korrektivmechanismus innerhalb der Partei. Da es aber an Sicherungen zur Aufrechterhaltung dieser Art von theoretischen und politischen Diskussionen fehlte, wurden Debatten und Meinungsunterschiede häufig in Form von Machtkämpfen „gelöst“.

Nach der Kulturrevolution entwickelten viele der Opfer der Linienkämpfe eine grundsätzliche Gegnerschaft zu diesem Konzept. Als sie dann wieder an die Macht gelangten, lehnten sie es ab, die Bedingungen und Mechanismen, durch die ein innerparteilicher Linienkampf zu einem bloßen Machtkampf

2 Angespielt wird hier auf die wichtigen Etappen in der strategischen und theoretischen Entwicklung des chinesischen Kommunismus vor der Gründung der Volksrepublik China, nämlich: (1) die faktische Vernichtung der noch jungen KP durch die blutigen Attacken Tschiang Kai-Scheks während der Arbeiterunruhen in Shanghai im Jahre 1927, bei der die Partei nicht zuletzt durch ihre damaligen sowjetischen Berater in eine aussichtslose militärische Konfrontation mit dem rechten Flügel der Guomindang getrieben wurde; (2) die „Entdeckung“ der Bauernschaft als Subjekt des nationalrevolutionären Unabhängigkeitskampfes durch die chinesischen Kommunisten als Reaktion auf die Niederlagen der von der Komintern von 1929-1935 propagierten „ultralinken“ Linie, die Mitte der 1930er Jahre zu permanenten Auseinandersetzungen zwischen der innerchinesischen Parteiführung um Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhu De und den in Moskau erzogenen Kadern um Wang Ming führte; (3) die von den Basen in der Region Yan'an im Nordwesten Chinas geführte Untergrundtätigkeit der chinesischen KP im Befreiungskampf gegen Japan während des zweiten Weltkrieges, während der auch Konzepte einer Massendemokratie in den befreiten Gebieten entstanden, die von Mao unter dem Stichwort der „neuen Demokratie“ propagiert wurden (vgl. Selden 1995). (B.L.)

mit gnadenlosen Attacken gegen den Gegner verkommen war, zu analysieren. Sie versuchten vielmehr, diese Art von Konflikten zu vermeiden und zu unterdrücken, um die Einheitlichkeit der Parteipolitik zu garantieren. Das Ergebnis davon war eine gründliche Unterdrückung des politischen Lebens in der Partei, die damit interne Anstöße zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Partei und Demokratie verlor. Damit wurde gleichzeitig die Grundlage für die „Verstaatlichung“ der Partei gelegt, also ihrer Entpolitisierung³.

Die 1960er Jahre in China hatten ihre eigenen theoretischen Charakterzüge, die sich im Wesentlichen um Fragen nach dem Verständnis von Geschichte und ihrer Dynamik, von Markt, Marktwirtschaft, Arbeit und Produktionsmitteln, von Klassen, Klassenkampf und bürgerlichem Recht, des Charakters der chinesischen Gesellschaft und der Entwicklung der Weltrevolution drehten. All diese Fragen waren Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen politischen Standpunkten und Blöcken. Die Verbindung von Theorie und politischer Kultur verkörperte diese Periode.

Wenn wir nun den gegenwärtigen Entpolitisierungsprozess in China in die oben beschriebenen Veränderungen einordnen, lassen sich zwei Schlüsselmerkmale der gegenwärtigen Entwicklung ausmachen: das erste ist die „Enttheoretisierung“ der ideologischen Sphäre: „keine Debatten“ wurde zum Leitsatz für die reformistische Praxis des „Tastens nach den Steinen beim Überqueren des Flusses“⁴, welche die zuvor entwickelte enge Verbindung von Theorie und Praxis abgelöst hat.

Jedoch gibt es einige Gründe dafür, diese Formel nicht als Beschreibung des tatsächlichen Reformprozesses mißzuverstehen. Zunächst gab es 1974-75 innerhalb der chinesischen kommunistischen Partei lebhaftere theoretische Diskussionen über den Charakter der chinesischen Gesellschaft, den Markt, die Arbeit, Entlohnung, bürgerliches Recht und andere Problemfelder, bei denen fast alle den Reformprozess betreffenden fundamentalen theoretischen Fragen berührt wurden. Ohne diese theoretischen Diskussionen könnte man sich den Verlauf der Reformen und die damit verbundene Entwicklung hin zu einer Waren- und Marktwirtschaft sowie privaten Eigentumsrechten nicht vorstellen.

Das zweite Charakteristikum des gegenwärtigen Prozesses ist die Beendigung des Linienkampfes um die Wirtschaftsreformen, wodurch die Parteiarbeit ausschließlich nur noch dem Ziel des „Aufbaus“, aber nicht von „Aufbau und Revolution“ unterstellt ist. Diese beiden politischen Entscheidungen fanden

3 Wang Hui bezieht sich hier insbesondere auf die politischen Bereinigungen innerhalb der Partei im Gefolge der öffentlichen Abrechnung mit der so genannten „Vierer-Bande“ und die spätere Unterdrückung von Ansätzen innerparteilicher und gesellschaftlicher Demokratiebewegungen gegen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre unter der wieder konsolidierten Herrschaft des Parteizentrums um Deng Xiaoping, die schließlich auch zu den Ereignissen des Jahres 1989 führten. (B.L.)

4 Berühmte, von Deng Xiaoping geprägte Formel zur Charakterisierung des schrittweisen Prozesses marktwirtschaftlicher Reform nach 1978. (B.L.)

am Ende der 1970er Jahre große öffentliche Zustimmung und schienen eine angemessene Antwort auf die Fraktionskämpfe und die chaotische Natur der Politik während der letzten Jahre der Kulturrevolution. Dies war zugegebenermaßen eine verständliche Reaktion. Nachdem allerdings diese taktischen Entscheidungen in einer entpolitisierten politischen Praxis aufgegangen sind, wurde das Spannungsverhältnis zwischen Partei und politischem System gründlich ausgemerzt. Die Vereinigung von Politik und Staat (also das Parteistaatssystem) hat zu einem allmählichen Verschwinden der politischen Kultur geführt, die einmal unter der Bedingung der „Nicht-Äquivalenz von Politik und Staat“ (Russo) entstanden war.

Ich muss betonen, dass das Konzept des Parteistaatssystems ursprünglich vom Westen als abwertender Terminus für China und andere sozialistische Staaten im Kontext des kalten Krieges verwendet wurde. Heute sind alle Nationen der Welt ohne Ausnahmen „Parteistaaten“. Der Transformationsprozess regieren der Autorität von traditionellen Monarchien zu modernen politischen Parteien war ein entscheidendes Merkmal moderner politischer Strukturen und eines modernen Staatswesens. Auch wenn in China im 20. Jahrhundert Politik und Parteipolitik stark miteinander verknüpft waren, so war doch für lange Zeit die Parteipolitik nicht völlig den Parametern nationaler Politik untergeordnet. Tatsächlich war die Schaffung einer neuen Form von Parteistaat ein wesentliches Thema in der Entwicklung der Politik jener Zeit.

Als dann die politische Partei im Prozess der politischen Machtausübung zum Subjekt der Staatsordnung wurde, war ihre Funktion nicht länger die eines Ideengebers, sie wurde vielmehr zu einem konventionellen Apparat entpolitisierter Macht oder zu einer bürokratischen Maschine. Aus diesem Grund würde ich das System des gegenwärtigen Nationalstaats als geprägt durch den Wandel von einem *Parteistaats-System* zu einem *Staatspartei-System* charakterisieren. Ein Staatspartei- oder ein Staatsparteiensystem bedeutet, dass die politische Partei nicht länger im Einklang steht mit vergangenen Formen der politischen Organisation, sondern Teil des Staatsapparates geworden ist. Diesen Prozess kann man als „Verstaatlichung“ der Partei bezeichnen. Denn durch diesen Prozess verfügte die Partei schließlich über keinen eigenen, besonderen Bewertungsstandpunkt oder eigene soziale Ziele mehr. Sie kann daher eher nur noch eine strukturell-funktionalistische Beziehung mit dem Staatsapparat haben. Das Staatspartei-System ist Produkt einer krisenhaften Transformation des Parteistaat-Systems, und das gegenwärtige chinesische Parteistaatssystem verkörpert diese Tendenz zu einem Staatsparteiensystem. Ich betrachte diese Tendenz als Teil des generellen, weltweiten Entpolitisierungstrends der Parteienpolitik. Analysen, die eine solche generelle Krise der Parteienpolitik verkennen und Empfehlungen für die Reform der chinesischen Politik aussprechen (mit einem westlichen Mehrparteiensystem und formaler Demokratie als Reformziel), sind selbst nur Ausdruck der Entpolitisierung von Politik.

Entpolitierte Politik und die moderne Gesellschaft

Das Phänomen der Entpolitisierung und seine Dynamik zu erklären ist eine komplizierte Aufgabe, die nicht auf China beschränkt zu sehen ist. In historischer Perspektive gab es jeweils nach jeder großen politischen Umwälzung breite und vielfältige Prozesse der Entpolitisierung, so etwa nach den Niederlagen der französischen Revolution und der europäischen Revolution von 1848, nach den 1960er Jahren in Europa und Asien oder im Gefolge der sozialen Bewegungen von 1989. Im gegenwärtigen chinesischen Kontext können Begriffe wie Modernisierung, Marktwirtschaft, Globalisierung, Entwicklung, Wachstum und das damit verbundene Konzept von alloseitigem „kleinen Wohlstand“ (*xiaokang*)⁵ und Demokratie als Schlüsselkonzepte einer entpolitisierten oder antipolitischen politischen Ideologie betrachtet werden, deren Vorherrschaft die politische Reflexionsfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten paralyisiert. Im Zusammenhang dieser Entpolitisierung von „Politik“ zu sprechen, bezieht sich nicht auf alltägliche Machtkämpfe im nationalen oder internationalen System, sondern vielmehr auf politische Debatten, politische Kämpfe und soziales Engagement in Bezug auf bestimmte politische Überzeugungen. Politik ist in diesem Sinne eine Sphäre, die aus aktiver Subjektivität entsteht – und zwar in folgender Hinsicht:

- Politik als subjektive Sphäre, nicht als objektive Struktur. Zum Beispiel hat der Begriff „Klasse“ eine objektive Existenz, aber seine objektive Existenz bedeutete nicht notwendigerweise die Existenz von Klassenpolitik. Nur wenn „Klasse“ eigene politische Subjektivität gewinnt, kann eine Klassenpolitik gedeihen.
- Politische Aktivität beinhaltet das dynamische Handeln eines Führung ausübenden Subjektes, deshalb ist Politik eng verknüpft mit der Frage der politischen Führung. So beschreibt zum Beispiel Machiavelli in seinem „Fürst“, wie der Monarch in der Formierung neuer politischer Subjektivität zunächst seine eigene Subjektivität und einen repräsentativen Charakter erlangen muss. Gramsci entwickelte dieses politische Konzept weiter, in dem er die politische Partei als „modernen Fürsten“ beschrieb.

Jede Art von politischer Subjektivität kann nur innerhalb von Beziehungen politischer Subjektivität erhalten werden. Die Unterdrückung solcher Beziehungen – mit welchen Mitteln sie jeweils auch immer geschehen mag – resultiert in der Negation politischer Subjektivität.

5 Der Autor bezieht sich hier auf ein von der chinesischen Partei- und Staatsführung häufig benutztes Schlagwort (*xiaokang* – etwa „kleiner Wohlstand“), das im öffentlichen Diskurs die Zielvorstellung eines bescheidenen, aber gesicherten Lebensstandards für breite Massen beschreibt – entfernt vergleichbar vielleicht mit der Erhard'schen Losung „Wohlstand für alle“ in der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit. (B.L.)

Ich möchte hier versuchen, einige vorläufige Erklärungen zur „Produktion“ von entpolitisierter Politik zu geben. Erstens basierte die Entwicklung der modernen Marktwirtschaft auf der Forderung einer Trennung von Ökonomie und Politik. Darin kommt die historische Mission der aufstrebenden Bourgeoisie zum Ausdruck, das Monopol der feudalen Herrscherklasse und ihrer Macht über Politik und Ökonomie zu beenden. Schumpeter (1942) benutzt das Konzept des „politischen Tausches“ zur Beschreibung der Konstitution frühbürgerlicher Machtstrukturen. Ohne die substantielle Protektion einiger nicht-bürgerlicher Elemente wäre die Bourgeoisie politisch an den Rand gedrängt worden. Sie wäre kaum in der Lage gewesen, den Staat zu führen und auch ihre eigenen Klasseninteressen zu wahren. „Politischer Austausch“ setzt eine gewisse Trennung von Politik und Ökonomie in der Periode des Kapitalismus voraus. Ohne eine solche Trennung wäre kein „politischer Tausch“ möglich gewesen. Aus dieser Perspektive ist die Trennung von Wirtschaft und Politik kein von vornherein gegebenes Phänomen, sondern ein Resultat des Drängens des Kapitals, seinen Machtanteil durch den Prozess des politischen Machttausches zu vergrößern. Mit der Konsolidierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie wurden die politischen Arrangements den Gesetzen der Marktwirtschaft unterstellt. Die Sphäre des Politischen wurde damit sowohl zu einer der wirtschaftlichen Aktivität immanenten als auch zu einem scheinbar außer ihr liegenden Moment. Mit der formalen Trennung von Politik und Ökonomie als Kernverhältnis versucht der zeitgenössische Kapitalismus sozusagen eine in sich abgeschlossene Sphäre des Marktes mit einer entpolitisierten Ordnung zu schaffen.

Historisch war diese Logik der bürgerlichen Forderungen durch den Widerstand des entstehenden kleinen Unternehmertums gegen den Staat im Übergang vom Machtmonopol des Adels zur Monarchie während der Periode des Merkantilismus geprägt. In der Zeit des Finanzkapitalismus transformierte sich dies in die Forderungen des Kapitals und seiner Repräsentanten, insbesondere aus den Reihen des Finanzkapitals, die Kontrolle über Politik und Gesellschaft zu übernehmen. Dieses monopolistische Beziehungsverhältnis bildete den Kontext der Institutionalisierung und Legalisierung des Konzeptes der „spontanen Marktordnung“, das innerhalb der neoklassischen Ökonomie entstand. Dies beinhaltete zugleich die Institutionalisierung der Ideologie der Entpolitisierung.

Nachdem das Bürgertum zusammen mit dem Proletariat und anderen sozialen Schichten die Macht des Adels und der Monarchie auf revolutionäre Weise gebrochen hatte, wurden die vielfältigen politischen Strukturen der Periode der bürgerlichen Revolution durch eine Art entpolitierte Staatspolitik ersetzt. Ihr Inhalt war das Produkt eines politischen Tausches im Zuge der Vereinigung von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Elementen in der herrschenden Schicht. Dadurch wurden aus politischen Debatten bloße Macht-

kämpfe. Zum entscheidenden Bindeglied hierzu wurde das Konzept des neutralen Staates und der dazugehörigen Funktionsmechanismen. Da die Vereinigung der verschiedenen Elemente aber auf kapitalistische Weise vonstatten ging, beinhaltet dieser Vereinigungsprozess, also der „politische Austausch“ selbst einen Prozess der Entpolitisierung. Eingeleitet wurde damit die Entwicklung der Demokratie von einer politischen hin zu einer proklamatorischen Demokratie, die Umwandlung der Nation von einem politischen Raum zu einer konventionellen Machtstruktur und der allmähliche Wandel der Parteipolitik von einem repräsentativen strategisch-politischen Wettkampf zum reinen Machtverteilungsmechanismus innerhalb einer bestehenden, stabilen Machtstruktur.

In der Geschichte des Kapitalismus kamen kritisches Denken und kritische Kultur immer dann auf, wenn die politische Kultur eine größere Rolle spielte; die sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, ihre Parteienpolitik und Fraktionsspaltungen, die Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts, seine Studenten-, Arbeiter-, Intellektuellen und Revolutionsbewegungen, können jeweils als Politisierungs-Prozesse verstanden werden. Ihr vordringliches Ziel war die Abschaffung des „Naturzustandes“ kapitalistischer Hegemonie.

Entpolitisierung im heutigen China

Der Entpolitisierungsprozess im heutigen China ist wieder eine andere Art von „politischem Austausch“: ihm liegen die Bemühungen der alten politischen Eliten zu Grunde, sich zu Repräsentanten spezieller Interessengruppen zu machen, ohne ihre politische Macht aufzugeben. Entsprechend müssen diese Interessengruppen und das transnationale Kapital „entpolitisierte“ Austauschprozesse durchlaufen, um vom Machtapparat Unterstützung zu gewinnen. Da die marktwirtschaftlichen Reformen vom chinesischen Staat vorangetrieben werden, wurden viele Aspekte der Staatsmacht im Namen von Modernisierung und Reform in Kategorien des Ökonomischen umdefiniert. In einem Staatspartei-System erfasst dies notwendigerweise auch den Parteiapparat. „Politischer Austausch“ wird unter diesen Vorzeichen zu einem „entpolitisierten Machttausch“. Seine primäre Form ist die ungleiche Reform der Eigentumsrechte, die zu einer ausgedehnten Reorganisation von Interessen geführt hat. Korruption ist ein unausweichliches Produkt dieses Systemwandels. In der öffentlichen Kritik an diesen Praktiken widerspiegelt sich auch ein sehr viel tiefer gehendes Ausmaß von Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Wandel der Besitzverhältnisse. Die im Namen der Rechtsstaatlichkeit betriebenen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung tragen in gewisser Weise zur Legitimierung des zu Grunde liegenden politischen Austausches bei den Eigentumsübertragungen bei, denn deren Verrechtlichung soll die Entpolitisierung absichern. Diese Entwicklung geht von folgenden Voraussetzungen aus:

- Im Prozess von Privatisierung und Vermarktlichung wird die Grenze zwischen der Machtelite und der neuen Bourgeoisie in zunehmendem Maße unscharf. Die politische Partei wandelt sich daher von einer klassenbasierten zu einer „klassenfreien“ Organisation.
- Unter den Bedingungen der Globalisierung verbinden sich einige der administrativen wirtschaftlichen Funktionen des Nationalstaats mit supranationalen Marktorganisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), wodurch eine globale, entpolitisierte Rechtsordnung gefestigt wird.
- Da Markt und Staat zunehmend einer politischen Neutralisierung (vgl. Schmitt 1932) unterliegen, werden grundlegende öffentliche Auseinandersetzungen über Fragen ökonomischer und sozialer Entwicklung zu rein technischen Angelegenheiten der Anpassung an den Markt und des Anteils der staatlichen Regulierung desselben verengt. Auf diese Weise verschwinden auch die politischen Fronten zwischen Rechts und Links.

Diese Entwicklungen setzten am Ende der 1970er Jahre ein, bekamen Aufwind in den 1980ern und mutierten schließlich zu einer Variante der neoliberalen Globalisierungswelle. Meiner Meinung nach ist der weltweite Entpolitisierungsprozess ein politisches Phänomen innerhalb dieses historischen Wandels: durch die neuen politischen Konstellationen, die unter den Vorzeichen der Entpolitisierung geschaffen wurden, wurden die neuen sozialen Ungleichheiten „naturalisiert“. Insofern wäre die Vorbedingung für jede Kritik an diesen sozialen Ungleichheiten eine umfassende Repolitisierung, also eine kritische Destruktion der vorherrschenden Tendenzen der Entpolitisierung.

Drei Elemente von Hegemonie und die Ideologie der Entpolitisierung

Kritische Intellektuelle fragen sich, wie die Logik der Entpolitisierung unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen aufzubrechen ist. Im Rückblick auf die sechziger Jahre erscheinen zentrale Konzepte der politischen Kultur jener Zeit – konservativ oder progressiv, links oder rechts – für die heutigen Verhältnisse untauglich oder von zweifelhaftem Wert. Die oppositionellen Bewegungen in der Welt scheinen entweder schwach oder von neuen Spielarten hegemonialer Macht korrumpiert. Um also die Logik entpolitisierter politischer Strukturen aufzubrechen, müssen wir die Konstitutionsmerkmale der neuen Formen von Hegemonie analysieren. Aus meiner Sicht haben wir es mit drei Kernelementen zu tun, die in komplexer historischer Beziehung zueinander stehen.

Erstens: staatliches Gewaltmonopol und Hegemonie bedingen sich wechselseitig – eine Einsicht, die auch Gramscis Hegemoniebegriff oder Althusser's Kon-

zept der ideologischen Staatsapparate unterliegt. Bei Gramsci werden zwei Spielarten der Hegemonie identifiziert: Beherrschung und intellektuell-moralische Führung. Seiner Erklärung in den *Gefängnisheften* zufolge handelt es sich beim Staat um eine besondere, kollektive Struktur, die an möglichst günstigen Bedingungen für ihre Existenzsicherung interessiert ist, daher auch der Drang nach Ausdehnung der Staatsfunktionen.

Zweitens bezieht sich das Konzept der Hegemonie vom Ansatz her stets auch auf zwischenstaatliche Beziehungen. Deshalb möchte ich in meiner Analyse auch nicht vielen westlichen Theoretikern folgen, die zwischen Gramscis Konzept der Hegemonie und der in der Politik Chinas im Mittelpunkt stehenden Kritik an der Hegemonie einer oder mehrerer Mächte auf internationaler Ebene begrifflich unterscheiden. Ich möchte vielmehr versuchen, die theoretischen und historischen Beziehungen zwischen den beiden Elementen zu rekonstruieren, wie sie vom Ansatz her begriffen werden sollten. Mao Zedongs Konzept des Hegemons war immer im Bereich der globalen Beziehungen angesiedelt. Auch wenn seine Beschreibung der USA und der UdSSR als Hegemonialmächte Teil der systemischen Beziehungen der „drei Welten“ war, beschränkten sich die politischen Implikationen seines Konzeptes nicht auf die Wahrnehmung der Dritten Welt als Subjekt, welches im Kontext von komplexen, widersprüchlichen Verbindungen mit Elementen der „zweiten Welt“⁶ gegen die bipolaren Hegemonialmächte opponieren und eine neue Form von internationalen Beziehungen hervorbringen würde. Es ging vielmehr auch darum, mit Mitteln theoretischer Untersuchung, politischer Debatte und moralischer Appelle die ideologische Macht und das Prestige des amerikanischen und sowjetischen Systems aufzubrechen. Eine solche Praxis der Gegen-Hegemonie hebt also besonders auf die Herausforderung kultureller Autorität ab.

Die chinesischen Klassiker „Die Frühlings- und Herbstannalen“ und das *Zuozhuan* (Kommentare des Meisters Zuo) sprechen vom Prinzip der „fürstlichen Autorität“ (*boquan*) und der „hegemonialen Autorität“ (*baquan*), um zwei Arten von Macht in den Feudalstaaten Qi, Jin, Chun, Qin und anderen zu unterscheiden: Kontrolle durch Stärke oder Beherrschung durch Zeremonien und Rituale. Auch wenn das Konzept von Hegemonie in der chinesischen Welt sich normalerweise auf politische, ökonomische oder militärische Kontrolle bezieht, spielt die Ideologie doch in verschiedener Hinsicht eine Rolle. In diesem Verständnis bedeutete die Konstruktion hegemonialer Macht auch die Anerkennung der herrschenden Autorität in den benachbarten Vasallenstaaten. Diese Auffassung der „Frühlings- und Herbstannalen“ zieht sich durch die Werke vieler Generationen von Gelehrten.

6 Gemeint ist das Staatenlager des realen Sozialismus bzw. die seinerzeit innerhalb oder am Rande dieses Lagers in latenter Opposition zur Vorherrschaft der Sowjetunion stehenden Staaten, wie etwa Rumänien oder Jugoslawien. (B.L.)

Auch in westlichen politischen Traditionen wird das Konzept von Hegemonie als legitimer herrschender Autorität auf Hegemonie innerhalb der internationalen Politik bezogen. Giovanni Arrighi verbindet in seinem Werk „The Long Twentieth Century“ Gramscis Konzept von Hegemonie mit Machiavellis Konzept der Macht. Indem er den Bereich nationaler ideologischer Hegemonie auf die internationalen politischen Beziehungen projiziert, tat er einen neuen Weg zur Verbindung dieser beiden Konzepte von Hegemonie auf. Bei Machiavelli verbindet sich Macht mit den Elementen Konsens und Zwang: Macht bedeutet den Einsatz bewaffneter Gewalt oder die Drohung mit bewaffneter Gewalt, Konsens impliziert moralische Autorität. In dem Maße, wie die USA dank ihrer hegemonialen Macht zum Modell der Entpolitisierung und damit auch für Modernisierung, Marktwirtschaftlichkeit, Globalisierung, Entwicklung, Demokratie etc. avancierten, konnten sie auch eine gewisses Maß an intellektueller und moralischer Autorität auf globaler Ebene wieder gewinnen. Westliche Politikwissenschaftler bezeichnen dies als *soft power*.

Drittens bezieht sich Hegemonie nicht nur auf nationale oder internationale Beziehungen, sondern ist auch eng verknüpft mit dem trans- und supranationalen Kapitalismus. Unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung müssen wir einen spezifischen Typus von Hegemonie definieren, der im Bereich der transnationalen, die nationale und zwischenstaatliche Ebene überschreitenden Marktbeziehungen anzusiedeln ist. Klassische Theoretiker der politischen Ökonomie betonten, dass der Prozess der Reproduktion eine unendliche Kette sei, ein globaler Prozess. Nie war dies deutlicher als heute. In einer Zeit, in der vom Finanzkapital dominierte Marktideologie einen konstitutiven Typus von Hegemonie verkörpert, sehen viele Menschen die Marktexpansion und deren politische Herrschaft als einen Weg des historischen Fortschritts, von dem jeder profitiert. Dies macht es schwer, die politischen Konsequenzen der Marktexpansion aufzuzeigen. Die neoklassische Ökonomie liest sich selbst wie ein Lehrbuch globalisierter ideologischer Hegemonie - ihre Prinzipien durchdringen die Regeln und Regulierungen transnationaler Organisationen und Abkommen, wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT oder die WTO. Diese fungieren allesamt als globale ideologische Apparate, auch wenn sie darüber hinaus über die doppelte Macht von ökonomischer Herrschaft und moralischer Beherrschung verfügen. Unmittelbarer Ausdruck dieser marktideologischen Apparate sind die Medien, die Werbebranche und ähnliche kommerzielle Mechanismen. Die Marktideologie und ihre ideologischen Multiplikatoren haben einen starken Entpolitisierungscharakter.

Diese drei Elemente der Hegemonie sind nicht in von einander abgeschlossenen Sphären angesiedelt, sondern bilden ein miteinander verwobenes Netzwerk von Macht. Entpolitierte Politik ist in ähnlicher Weise strukturiert wie diese Netzwerke. Dies ist ein wesentlicher Punkt zum Verständnis der gegenwärtigen intellektuellen und ideologischen Situation Chinas. So stehen zum

Beispiel Chinas Wirtschaftspolitik und Entwicklungspfad in grundsätzlichem Einklang mit dem historischen Prozess der kapitalistischen Globalisierung, der zahllose Wirtschaftskrisen, soziale Katastrophen und Ungleichheiten produziert hat. Kapitalistische Globalisierung wird aber kaum als ein Faktor in den Widersprüchen und Interessenkonflikten auf nationaler Ebene gesehen.

In den 1970er und 1980er Jahren bedingte die von der herrschenden nationalen Ideologie in China im Namen des Wandel propagierte neue Offenheit eine Herausforderung der ideologischen Staatsapparate, die auch die Legitimierung von sozialem Denken und gesellschaftlicher Standpunkte erleichterte. Dies schuf damals eine wichtige Basis für die Definition von Autonomie und Freiheit. Der damit verbundene Prozess der „De-Nationalisierung“ intellektueller und sozialkritischer Positionen erreichte allerdings nicht das gewünschte Resultat einer Repolitisierung. Diese De-Nationalisierung wurde vielmehr wieder auf einer anderen Ebene in den Prozess der Entpolitisierung inkorporiert. Diese Entwicklung entstand während einer Phase globaler historischer Transformation, in der die souveräne Autorität der Nationalstaaten durch die Kräfte der Globalisierung herausgefordert wurde. Die mit dem Schlagwort „De-Nationalisierung“ verbundene Legitimation von Autonomie und Liberalisierung in China wurde in diesem Zusammenhang in die Konsolidierung internationaler ideologischer Hegemonie eingebunden.

In der Tat ist das, was wir mit „Entpolitisierung“ bezeichnen, das Ergebnis eines scharfen Konfliktes zwischen zwei verschiedenen Machtblöcken, zwei politischen Systemen, zwei Ideologien. Innerhalb dieses Prozesses bezieht sich „De-Nationalisierung“, wie sie von einem bestimmten ideologischen Standpunkt aus verstanden wird, ausschließlich auf die sozialistische Nation. „Entnationalisierung“ bedeutet daher lediglich den Prozess der Identifizierung mit der Hegemonie einer anderen nationalen Formation. Im modernen China erscheint „antisozialistische“ Ideologie oft in der Gestalt des Antietatismus, um ihre innere Verbundenheit mit dieser anderen nationalen Formation und deren Legitimation zu verdecken. Aber es handelt sich dabei nicht einfach um eine antistaatliche Staatsideologie. Vielmehr hat diese Staatsideologie auch eine supranationale Dimension, die sich oft in Attacken gegen den „Staat“ aus einer übernationalen Position heraus äußern.

Wiederaneignung der Politik?

Die obige Diskussion legt den Schluss nahe, dass die Konsolidierung von Autonomie und neuen Formen hegemonialer Beziehungen im Verhältnis zum Staat Produkt derselben historischen Veränderungsprozesse ist, und dass es zumindest eine historische Parallele zwischen der Auflösung der nationalen Beziehungsebene und dem Hervortreten der internationalen und transnationalen gibt. Die gegenseitige Durchdringung von globaler und staatlicher Macht

erschwert eine Festlegung der eigenen Position im Verhältnis zu nationaler oder transnationaler hegemonialer Macht. Dies ist ein Grund, warum viele Oppositionsbewegungen oft nur noch dem Namen nach oppositionell sind. Zum Beispiel unterstützten viele Menschen in China – unter ihnen so genannte Linke, Liberale und Oppositionsbewegungen – den nicht zu rechtfertigenden Aggressionskrieg der USA gegen den Irak⁷. Sie mögen sich dabei als oppositionell vorgekommen sein, aber wurden bewusst oder unbewusst zu Unterstützern der Organe der Welthegeemonie. Zwei so genannte chinesische Dissidenten trafen sich mit Präsident Bush im Weißen Haus „als Christen“ und proklamierten sich als Oppositionsbewegung unter dem Banner Gottes und des imperialen Hegemons.

Tatsächlich durchlaufen viele soziale Bewegungen, darunter die meisten NGOs, selbst einen Entpolitisierungs-Prozess. Sie sind oftmals entweder auf relativ begrenzte ökonomische Zielvorstellungen beschränkt oder von staatlichen Apparaten oder den Logiken nationaler und internationaler Stiftungen absorbiert. Unfähig, ein anderes Verständnis von Entwicklung, Demokratie oder mehr öffentlicher Beteiligung anzubieten, werden sie leicht zu Rädchen im Getriebe von verschiedenen nationalen und transnationalen Mechanismen. Ein dringendes Anliegen unserer Zeit ist daher, die selbst auferlegte Entpolitisierung der sozialen Bewegungen zu überwinden und einen kritischen Internationalismus mit politischen Kämpfen innerhalb des nationalen Rahmens zu verbinden.

Jede Analyse von Macht muss heute im Zusammenhang mit Machtnetzwerken stattfinden, jede Formierung einer Opposition aus einer Ein-Punkt-Perspektive ist unangemessen. Angesichts der komplexen Präsenz der oben analysierten drei Komponenten von Hegemonie in unserer Gesellschaftsstruktur müssen sowohl deren nationale als auch deren transnationale Dimensionen weiter hinterfragt werden.

So bilden zum Beispiel die Reformen in China einen Prozess der Vermarktlichung unter der Voraussetzung einer zunehmenden Segmentierung staatlicher Macht: zwischen Zentralregierung, regionalen Regierungen und diversen Staatsagenturen gibt es tief greifende Interessenkonflikte. Es bestehen komplizierte Beziehungsverhältnisse zwischen verschiedenen Zweigen des Staatsapparates, den nationalen und internationalen Märkten und anderen sozialen Gruppierungen. Diese Beziehungsmuster generieren sowohl wechselseitige Vorteile als auch Konflikte, die sich in politischem Glücksspielertum und vielfältigen Richtungen politischer Entscheidungen ausdrücken. In vielen „Staatsaktionen“ erscheinen widersprüchliche Orientierungen und verraten die Koexistenz von Konflikt und Konsens in Entscheidungsprozessen auf vielfältigen Organisationsebenen und in einer Vielzahl von Staatsorganen. Den „Staat“ in

7 Der von der chinesischen Regierung vehement kritisiert wurde. (B.L.)

China als ein einheitliches Analyseobjekt zu behandeln, ist in jeder Beziehung ein ideologisches Konstrukt.

Die Globalisierung und ihre Institutionen beschleunigen die Transnationalisierung von Finanzmärkten, Produktion und Konsum, während sie gleichzeitig beispielsweise die Immigration auf die Nachfrageerfordernisse des Arbeitsmarktes und nationalstaatliche Grenzen beschränken wollen. Angesichts der Widersprüche, die die Globalisierung mit sich bringt, dürfen wir uns nicht auf nationale Handlungsweisen zurückziehen, sondern müssen einen kritischen Internationalismus entwickeln, um diese Widersprüche aufzudecken. Die enormen Konflikte, die in China zwischen Reformpraxis und sozialistischen Werten bestehen, führen zu entsprechenden Widersprüchen zwischen der Reformbewegung und den ideologischen Staatsapparaten. Diese Apparate funktionieren allerdings immer weniger auf Grundlage spezifischer Werte oder Ideologien, sondern folgen einer Logik der Entideologisierung und Entpolitisierung, obwohl sie ihre Standpunkte dabei immer noch in der Sprache der Ideologie zum Ausdruck bringen. Vor diesem Hintergrund und im Kontext der allgemeinen Entpolitisierung sind der heutigen Linken und Rechten in China oft die Hände gebunden, es besteht sozusagen ein „strategiefreier Zustand“. Die Erklärung hierfür ist einfach: das Handeln dieses Staates kann nicht mehr in traditionellen Rechts-Links-Mustern gemessen werden.

Angesichts eines starken Legitimationsdrucks verurteilte die KP Chinas der nach-kulturrevolutionären Periode zwar die Kulturrevolution, aber sagte sich nicht von der chinesischen Revolution, sozialistischen Werten und dem Denken Mao Zedongs als dem übergreifenden Ausdruck der modernen revolutionären Tradition Chinas los. Dies hat einen Doppeleffekt. Einerseits fungiert die sozialistische Tradition als eine interne Bremse staatlicher Reformen. Jede politische Entscheidung und jeden Politikwechsel musste das Staatspartei-system bislang im Dialog mit dieser Tradition durchführen. Mindestens mussten die Ankündigungen in eine spezielle Sprache verpackt werden, die politische Transformation und Tradition in Einklang bringen soll. Andererseits gibt die sozialistische Tradition Arbeitern, Bauern und anderen sozialen Gruppen eine legitime Grundlage für Proteste gegen oder Verhandlungen über unangemessene Privatisierungs- und Liberalisierungsentscheidungen des Staates.

Innerhalb des historischen Prozesses der radikalen Negation der Kulturrevolution und des „Abschiedes von der Revolution“ ermöglicht die Reaktivierung von Chinas historischem Erbe des 20. Jahrhunderts eine Grundlage für die Entwicklung zukünftiger Politik. Eine solche Art der Öffnung ist nicht ein simpler Hinterausgang zurück ins 20. Jahrhundert, sondern kann Ausgangspunkt einer Suche nach neuen Mitteln sein, den allgegenwärtigen Zugriff entpolitisierter Ideologie und Politik in einer post-revolutionären Epoche aufzubrechen.

In einer Situation, in der alle Formen politischer Subjektivität des zwanzigsten Jahrhunderts – Partei, Klasse, Nation – der Krise der Entpolitisierung ausge-

setzt sind, muss die Suche nach neuen Formen politischer Subjektivität mit einer Neudefinition der Grenzen von Politik an sich einhergehen. Wenn es stimmt, dass die Wurzel der Entpolitisierung in der Unterminierung und Schwächung politischer Werte liegt, dann führt der Weg zu einer Repolitisierung über die Rekonstruktion politischer Werte, die Aktivierung unseres politischen Raumes und politischen Lebens und die Zerstörung der Ordnung der entpolitierten Politik und der entideologisierten Ideologie. Dies ist die wirkliche Bedeutung einer Beschäftigung mit den sechziger Jahren heute.

Übersetzung aus dem Chinesischen: Karin Betz

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of our Times*, London: Verso
- Russo, Alessandro (2006): How to Translate Cultural Revolution? In: *Inter-Asia Cultural Studies*, Vol. 7, No. 4, S. 673-682.
- Schmitt, Carl (1932): Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen. In: Ders., *Der Begriff des Politischen*, Text von 1932. Berlin 1987.
- Schumpeter, Josef A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper Bros.
- Selden, Mark (1995): *China in Revolution: the Yanan Way Revisited*. Armonk, NY: M.E. Sharpe.